



Ausschuss für Schule und Weiterbildung

40. Sitzung (öffentlich)

3. Dezember 2003

Düsseldorf - Haus des Landtags

11.30 Uhr bis 13:20 Uhr

Vorsitz: Dr. Heinz-Jörg Eckhold (CDU)

Stenografin: Gertrud Schröder-Djug

Verhandlungspunkt:

Seite

Gesetz über die Feststellung der Haushaltspläne des Landes Nordrhein-Westfalen für die Haushaltsjahre 2004/2005 (Haushaltsgesetz 2004/2005) und Gesetz zur Änderung des Landesbesoldungsgesetzes (LBesG NRW)

1

Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksachen 13/4500 - Neudruck und 13/4660

Vorlagen 13/2428, 13/2465 und 13/2490

Einzelplan 15 - Bereich Weiterbildung - Ministerium für Wirtschaft und Arbeit

Einzelplan 05 - Bereich Schule - Ministerium für Schule, Jugend und Kinder

In Verbindung damit:

Gesetz zur Regelung der Zuweisungen des Landes Nordrhein-Westfalen an die Gemeinden und Gemeindeverbände in den Haushaltsjahren 2004 und 2005 und zur Regelung des interkommunalen Ausgleichs der finanziellen Beteiligung der Gemeinden am Solidarbeitrag zur Deutschen Einheit in den Haushaltsjahren 2004 und 2005

Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksachen 13/4502 und 13/4614

Harald Schartau, Minister für Wirtschaft und Arbeit, führt in den Entwurf des Einzelplans 15 ein. Eine kontroverse Aussprache schließt sich an.

Staatssekretär Dr. Schulz-Vanheyden (Ministerium für Schule, Jugend und Kinder) führt in den Entwurf des Einzelplans 05 ein. Der Ausschuss diskutiert mit den Vertretern der Landesregierung über verschiedene Fragestellungen.

Ausschuss für Schule und Weiterbildung
40. Sitzung (öffentlich)

03.12.2003
sd-be

Aus der Diskussion

Gesetz über die Feststellung der Haushaltspläne des Landes Nordrhein-Westfalen für die Haushaltsjahre 2004/2005 (Haushaltsgesetz 2004/2005) und Gesetz zur Änderung des Landesbesoldungsgesetzes (LBesG NRW)

Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksachen 13/4500 Neudruck und 13/4660

Vorlage 13/2428

Einzelplan 15 - Bereich Weiterbildung - Ministerium für Wirtschaft und Arbeit

Einzelplan 05 - Bereich Schule - Ministerium für Schule, Jugend und Kinder

In Verbindung damit:

Gesetz zur Regelung der Zuweisungen des Landes Nordrhein-Westfalen an die Gemeinden und Gemeindeverbände in den Haushaltsjahren 2004 und 2005 und zur Regelung des interkommunalen Ausgleichs der finanziellen Beteiligung der Gemeinden am Solidarbeitrag zur Deutschen Einheit in den Haushaltsjahren 2004 und 2005

Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksachen 13/4502 und 13/4614

Der **Minister für Wirtschaft und Arbeit, Harald Schartau**, führt in den Einzelplan 15 - Bereich Weiterbildung - ein - vgl. Vorlage 13/2465.

Marie-Theres Ley (CDU) erkundigt sich, welche Bedeutung die Verlagerung der Standorte Soest und Solingen nach Hagen habe und ob der Standort Soest ganz aufgegeben werde.

Aus Soest sei nur die Abteilung Weiterbildung verlagert worden, antwortet **Minister Harald Schartau**. Der gehöre nach wie vor zum Ministerium von Frau Schäfer. Mit dem Haus Harkort in Hagen sei ein neuer Standort gefunden worden. Das Landesinstitut werde dort zusammengezogen. Die Stadt Hagen baue dieses Haus wieder auf. Das Institut in Soest bleibe weiter bestehen, eben ohne den Bereich Weiterbildung.

Auf eine Nachfrage der **Marie-Theres Ley (CDU)** antwortet **Minister Harald Schartau**, Solingen werde aufgegeben.

Ralf Witzel (FDP) kommt darauf zu sprechen, dass die Befristungsregelung zum 31.12.2008 nicht speziell zulasten des WBG gehe, sondern dass zukünftig bei allen Gesetzesformen der Landesregierung so verfahren werde. Das habe auch die FDP im Kontext der Beratungen unterstützt.

Ausschuss für Schule und Weiterbildung
40. Sitzung (öffentlich)

03.12.2003
sd-be

Der Wirksamkeitsdialog mit Blick auf Qualitätsentwicklung, so wie er durch die WBG-Novelle 1999 eingeleitet worden sei, leide unter den aktuellen Kürzungen, die es entgegen der Planungssicherheit, die bislang den Trägern zugesichert worden sei, gebe. Unabhängig von der Bewertung der haushaltspolitischen Schwerpunkte frage er, welche Auswirkungen der Minister aufgrund der Kürzungen für die Qualitätsentwicklung und den Wirksamkeitsdialog sehe.

Auf einer Pressekonferenz vor zwei Wochen sei im Hause von Weiterbildungsträgern - organisiert durch den VHS-Landesverband - die Sorge vorgetragen worden, dass eine Schwerpunktsetzung weg von allgemeiner Bildung, weg von der Familienbildung, weg von politischer Bildung erfolgt sei. Die Angebotsstruktur werde neu strukturiert. Er frage, ob die vielfältig vorgetragenen Befürchtungen vom Minister geteilt würden.

Die SPD-Landtagsfraktion habe am Vortage über den Haushalt beraten. Er frage, ob die Regierung bei bestimmten Punkten davon ausgehe, dass es zu Änderungen der bislang ausgegebenen Haushaltsansätze kommen werde und bitte, die Bereiche zu benennen, bei denen es zu Nachbesserungen kommen werde.

Die letzte Frage könne er nicht beantworten, erwidert **Minister Harald Schartau**. Sicher seien einige Parlamentarier da, die darauf antworten könnten. Er selbst habe am Vortage an der Sitzung des Vermittlungsausschusses teilgenommen, bei dem es um Arbeitsmarktfragen gegangen sei.

Zu der Frage, wie sich die Kürzungen auf den Wirksamkeitsdialog auswirkten: Natürlich müssten die Kürzungen zu weiteren Anstrengungen bei den Trägern führen. Da komme er auf die Diskussion zurück, die von der Opposition unter der Überschrift "Wortbruch" geführt werde. Er wolle diesen Begriff nicht übernehmen, spreche sich aber für eine Verantwortungsteilung aus. Einen Teil der Verantwortung für die Kürzungen übernehme er gerne. Einen Teil müssten all diejenigen übernehmen, die eine Garantie für fünf Jahre aussprechen. Die jetzige Situation lehre, dass Versprechungen, vor allem wenn sie sich auf Zukunft bezögen, von konjunkturellen Wirklichkeiten in einer Art und Weise ausgebremst würden, wie man das über einen längeren Zeitraum nicht habe in Betracht ziehen können.

Er fühle sich immer betroffen, wenn von Wortbruch die Rede sei. Eine finanzielle Garantie über einen 5-Jahres-Zeitraum setze voraus, dass die Konjunktur anziehe und für fünf Jahre auf hohem Niveau bleibe. Wenn man von Weiterbildungsnotwendigkeiten, von der Wissensgesellschaft, von lebensbegleitendem Lernen auf der einen Seite spreche, müsse man auf der anderen Seite auch sagen, dass sich die Ausgaben für Weiterbildung des Einzelnen in den nächsten Jahren verändern würden.

Wenn man die Ausgaben für Urlaub, Kino oder Zigaretten mit dem vergleiche, was der Bürger heutzutage für Weiterbildung ausbebe, so stelle man fest, dass das ein absolut geringer Betrag sei. Er meine, dass sich die individuellen Dispositionen auf Dauer verändern müssten.

Zum Thema Konzentration der Weiterbildung auf berufliche Weiterbildung: Seitdem der Weiterbildungsbereich im damaligen Arbeitsministerium angesiedelt worden sei, gebe es die Befürchtungen der Weiterbildungsszene, dass diese Ressortzuordnung auch ei-

ne thematische Ausrichtung beinhalte. Der Landtag selbst habe sich mit einer Schwerpunktsetzung im Bereich der Weiterbildung hinsichtlich der Vergabe der öffentlichen Mittel befasst. Wenn es Mittelverausgabungen gebe, dann werde die Politik immer zu Prioritätensetzungen kommen müssen. Das heiÙe nicht, dass man die anderen Bereiche der Weiterbildung für weniger wichtig erachte. Wenn man aber knappe Ressourcen zu verteilen habe, müsse es zu Schwerpunktsetzungen kommen.

Für ihn stehe das lebensbegleitende Lernen oben an. Dabei gehe es ihm um die Verkäuferin von Tengelman, den Endmonteur von Opel in Bochum und nicht um irgendwelche Schickimickis. Für diese Personen müsse man die Weiterbildung vorhalten. Es gehe darum, wie man die Weiterbildung in den Betrieb implantiere. Auch gehe es etwa um Eltern, die ihre Kinder erzögen, denen man auch eine Weiterbildung anbieten müsse, damit sie hinterher keine Schwierigkeiten hätten, wieder ins Erwerbsleben hineinzukommen. Vor dem Hintergrund veränderter Biographien - man arbeite nicht mehr 40, 50 Jahre in ein- und demselben Betrieb und gehe dann in Rente -, angesichts häufiger Berufswechsel, häufiger Wechsel im Erwerbsstatus müsse man die Leute unterstützen, damit sie ein solches Leben überhaupt bewerkstelligen könnten.

Überall spiele das Thema Weiterbildung eine Rolle. Der integrative Weiterbildungsbegriff differenziere nicht zwischen den Bereichen, die für die Entwicklung von Mensch, Geist, Werten und Ethik wichtig seien, und den anderen Bereichen, in denen bestimmte Techniken erlernt würden. Es müsse zu Weiterbildungsangeboten kommen, die sich an der Wertebildung beteiligten, die bei veränderten Verhältnissen Reflexionen und vieles mehr ermöglichten.

Bei der Mittelvergabe und Mittelkonzentration, bei der Frage der Ressourcenverteilung müsse der Landtag entscheiden, ob man in die Breite gehen wolle, was zu einem großen Teil über die Finanzierung des Personal geschehe, oder ob man eine zunehmende Fokussierung vor dem Hintergrund der Perspektive der nordrhein-westfälischen Bevölkerung anstrebe. Ihm liege daran, dass die Leute zukünftig in der Weiterbildung nicht nur die neueste Software vorgestellt bekämen oder den Umgang mit dem Internet erlernen könnten, wenngleich das auch von Bedeutung sei.

Dr. Heinz-Jörg Eckhold (CDU) hat Zeitungsberichten entnommen, dass es im Weiterbildungsbereich Umschichtungen zugunsten der Volkshochschulen in Höhe von 5 Millionen € gebe, um abschlussbezogene Kurse durchführen zu können. Er frage, ob das abgestimmt sei oder noch nicht feststehe.

Er habe das aus der Fraktion gehört, bestätigt **Minister Harald Schartau**. Wie gesagt, er habe an der Sitzung nicht teilgenommen. Im Augenblick sei der Gesetzgeber am Zuge. Die Regierung habe ihren Entwurf vorgelegt. Am Ende werde man sehen, wie der Haushalt vom Parlament beschlossen werde.

Herbert Reul (CDU) stimmt dem Minister zu, dass die Weiterbildung auch zukünftig einen höheren Stellenwert einnehmen müsse. Die Aussage, dass in der Konsequenz die Menschen persönlich dafür aber mehr Geld ausgeben sollten, halte er für fragwürdig angesichts der Tatsache, dass die Politik momentan von den Menschen in allen Berei-

Ausschuss für Schule und Weiterbildung
40. Sitzung (öffentlich)

03.12.2003
sd-be

chen mehr Eigenmittel und mehr Eigenbeteiligung fordere, ob es sich etwa um den Bereich Gesundheit, Alterssicherung oder anderes handele. Da sei doch das Ende der Fahnenstange längst erreicht. Er frage, welche Aufgabe der Staat überhaupt habe, wenn er nicht im Bildungsbereich ganz bestimmten Funktionen erfülle.

Der Minister habe deutlich gemacht, dass er meine, dass eine langfristige Zusage wie diese 5-Jahres-Zusage in der Politik nicht richtig sei. Er frage, ob das bedeute, dass der Minister auch heute den Weiterbildungseinrichtungen keine Zusage machen könne, die über die beiden kommenden Haushaltsjahre hinausgehe.

Die letzte Frage könne sich Herr Reul am besten selbst beantworten, entgegnet **Minister Harald Schartau**. Der Stellenwert der Weiterbildung sei für die Landesregierung außerordentlich hoch. Im Rahmen der zur Verfügung stehenden Mittel werde die Priorität der Weiterbildung unverändert zum Ausdruck gebracht. Egal, wie sich der Haushalt in den nächsten Jahren entwickle, habe man für zwei Jahre Sicherheiten. Nach 2005 werde im Rahmen der Haushaltsentscheidung wieder zum Ausdruck gebracht werden müssen, dass Weiterbildung für die Landesregierung eine prioritäre Aufgabe sei. Natürlich wisse niemand, wie der Haushalt für das Jahr 2006 aussehe.

Zu den Ausgabendispositionen der Bürger: Er gebe Herrn Reul Recht, dass das Budget der Bürger in vielen Bereichen in Anspruch genommen werde. Bei den Ausgaben für die Weiterbildung sollte man auch die zeitliche Dimension im Auge behalten. Auch in den 50er-Jahren sei das Pro-Kopf-Budget für Urlaub etwa nicht so hoch gewesen wie heutzutage. Aufgrund der Einkommensentwicklung und auch aufgrund des Bedürfnisses, für Urlaub mehr Geld auszugeben, sei es zu Veränderungen gekommen. Bei der Weiterbildung werde es seines Erachtens zu einer ähnlichen langfristigen Entwicklung kommen.

Um Einstellungen zu verändern, sollte die Politik einen An Schub geben. In vielen Veranstaltungen frage er, was einen Tag nach der beruflichen Erstausbildung passiere, wo die konzeptionellen Vorstellungen zu finden seien, wo man mit dem lebensbegleitenden Lernen beginnen sollte. Diese konzeptionellen Vorstellungen seien nicht vorhanden, sie müssten entstehen. Sie müssten Hand und Fuß bekommen. Wenn man die Ausgaben für die Weiterbildung nach den Bevölkerungsschichten für bestimmte Berufsgruppen untersuchen würde, würde man jetzt schon große Differenzen feststellen. Jetzt schon gebe es Menschen, die außerordentlich viel in Weiterbildung investierten. Man habe andere Gruppen, die so gut wie nichts für Weiterbildung ausgaben, die forderten, dass das der Arbeitgeber bezahlen sollte. Da sei der individuelle Bezug zur Weiterbildung nicht vorhanden. Da sei noch viel zu tun. Seine Aussage sei eher mittel- und langfristig gemeint. Wenn das Land kein Geld mehr habe, dürfe man natürlich den Bürgern auch nicht alles aufbürden.

Bernhard Recker (CDU) legt dar, der Minister habe von der Bedeutung der Weiterbildung für die Lebensperspektiven des Einzelnen gesprochen. Da sei doch ein Stück mehr Gesamtschau notwendig, gerade angesichts der finanziellen Aspekte.

Herr Recker kommt auf eine Erkenntnis aus PISA zu sprechen, aufgrund derer feststehe, dass 23 % aller 15-Jährigen nicht in der Lage seien richtig zu lesen, zu schreiben.

Sie gälten als kaum ausbildungsfähig. Dieser soziale Sprengstoff sei noch gar nicht richtig überschaubar.

Er frage, wie man mit diesen jungen Menschen umgehen wolle. Ihnen müsse man doch eine Chance geben. Sie bräuchten eine Lebensperspektive. Angesichts der bekannten Ergebnisse müsse man für diese Menschen einen Schwerpunkt setzen. Eine spätere Reparatur käme viel teurer, als wenn man diesen jungen Menschen durch bestimmte Maßnahmen, auch Weiterbildungsmaßnahmen direkt helfe. Da dürfe das Land keine Kürzungen vorsehen.

Ralf Witzel (FDP) gibt an, die Weiterbildungsträger würden auch ihre zukünftige Angebotsstruktur so gestalten, dass sie ihre Existenz trotz zukünftiger Haushaltsschwerpunkte sichern könnten. Er frage den Minister, welche Ziele er bei der Entwicklung im Auge habe. Es sei zu fragen, welche Chance man den Betroffenen gebe, sich auf die neuen Situationen einzustellen. Vielleicht habe der Minister einige Ratschläge für die Träger.

Nun finde man unterschiedliche Zahlen in der Presse, was das angeblich halbierte Volumen der Einsparungen im Weiterbildungsbereich betreffe. Zum Teil solle es zu Umstrukturierungen kommen. Ihn interessiere die Höhe der Summe, die das Einsparvolumen über alle Bereiche der Weiterbildung hinweg ausmache.

Hans-Martin Schlebusch (CDU) merkt an, in dem Erläuterungsband zu Einzelplan 15 heiße es, dass das Programm BUS fortgeführt werde. Gleichzeitig solle das Programm um die Jugendlichen erweitert werden, die bisher im vergleichbar konzipierten Programm BUT gefördert worden seien. Der Abteilungsleiter Matzdorf habe letzte Woche die Zahl der Jugendlichen genannt, die jetzt in BUS untergekommen seien.

Die Zahlen seien nicht gerade berauschend gewesen. Er frage, wie die Maßnahme BUS gestaltet werden solle, damit die Jugendlichen dort unterkämen.

Minister Harald Schartau gibt an, die letzte Frage habe er bereits im Ausschuss für Arbeit und Soziales in der letzten Woche beantwortet. Der Punkt falle nicht unter diese Haushaltsposition.

Herr Recker habe von den neuen Schwerpunktsetzungen gesprochen. Dass Jugendliche unmittelbar im Anschluss an die Schule zur Volkshochschule gehen sollten oder dass Defizite, die in der Schule entstanden seien, von der Weiterbildung unmittelbar danach korrigiert werden sollten, diesen Weg halte er nicht für richtig.

Natürlich gebe es das Anliegen, Defizite über die hervorragenden Kompetenzen der Volkshochschulen auszugleichen. Dafür habe er großes Verständnis. Auf der anderen Seite müsse man über Programme wie BUS, die schon in der Schule anfangen, Erkenntnisse im Zusammenspiel von Schulen und Betrieben so zusammenbringen, dass die Schule im Obligo bleibe, und zwar in dem Rahmen des Zusammenspiels von Arbeitspolitik und Schulpolitik. BUS sei ein gutes Programm, das in den nächsten Jahren ausgebaut werde.

Zur Ausrichtung der Träger gebe es keine neuen Erkenntnisse. Im Augenblick fänden die Diskussionen statt. Die Träger müssten in den Regionen breite Angebote vernetzt

anbieten, ein breites Spektrum vorhalten, das den unterschiedlichen Bedürfnissen der Bevölkerung auf Weiterbildung entspreche.

Er gehe davon aus, dass in Zukunft der Weiterbildungsbedarf insbesondere bei kleinen und mittelständischen Betrieben zunehme. Die Weiterbildungsstruktur, die man im Lande vorfinde - Weiterbildungsplanung, -beratung und -durchführung -, sei vorbildlich. Die Angebote und Nachfragen so zusammenzuführen, dass man damit sein Geld verdienen könne, werde Aufgabe der nächsten Jahre sein. Die Diskussionen in den Regionen, die er und seine Mitarbeiter kennen gelernt hätten, stießen immer an die gleichen Ecken und Kanten, wenn es um Probleme gehe. Im Augenblick gebe er den Trägern keine neuen Empfehlungen. Dafür habe man die Weiterbildungskonferenzen und Zusammenkünfte.

Zurück zum Thema BUT/BUS: Er verweise auf Vorlage 13/2436. Die Situation sei sicher alles andere als zufrieden stellend. Vor dem Hintergrund knapper Ressourcen habe eine Entscheidung getroffen werden müssen. Es werde mit den Trägern gesprochen. Im Nachgang zu BUS sei den Schulen ein Angebot gemacht worden, damit die Jugendlichen Praktika machen könnten. Auch sei man ihnen behilflich, wofür ein Sonderetatposten zur Verfügung gestellt worden sei. Das sei alles keine optimale Lösung. Vor dem Hintergrund des zur Verfügung stehenden Geldes habe man aber eine Entscheidung treffen müssen.

Ralf Witzel (FDP) möchte wissen, wie viele Gelder notwendig wären, damit nicht alle Maßnahmen der Weiterbildung gekürzt würden.

Über die Zahlen hinaus, die er eben genannt habe, könne er jetzt keine Beträge nennen, erwidert **Minister Harald Schartau**. Er habe die Absenkungen im Vergleich zur Referenzsumme 1999 in seinem Bericht vorgetragen. Er wisse nicht, welche Summen Herrn Witzel darüber hinaus interessierten.

Ralf Witzel (FDP) erwidert, ihm gehe es nicht nur um Leistungen nach dem WBG, die gekürzt würden, sondern auch aus Sonderfonds. Er frage, wie die Gesamtsumme aller Haushaltskosten im Vergleich zum Vorjahr aussähen. - **Minister Harald Schartau** erklärt sich bereit, die Zahlen dem Ausschuss schriftlich zuzuleiten.

Einzelplan 05 - Bereich Schule - Ministerium für Schule, Jugend und Kinder

Staatssekretär Dr. Schulz-Vanheyden (Ministerium für Schule, Jugend und Kinder) führt in den Haushaltsentwurf 2004/2005 ein - vgl. Vorlage 13/2490.

Michael Solf (CDU) bezeichnet es als bewundernswert, wie der Staatssekretär den schulpolitischen Grausamkeiten noch einen heiteren Anstrich gegeben habe.

Der Redner kommt auf den Mehrbedarf für ausländische Kinder, MSU, zu sprechen. Diese Stellen würden aus den Schulkapiteln herausgelöst und in Kapitel 05 300 - Schulen gemeinsam - ausgewiesen. Ausweislich des bisherigen Haushaltes gehe es

Ausschuss für Schule und Weiterbildung
40. Sitzung (öffentlich)

03.12.2003
sd-be

um 3.439 Stellen Unterrichtsmehrbedarf. Nach der Kürzung seien es nur noch 886 Stellen für den muttersprachlichen Unterricht. Er frage, wie sichergestellt werde, dass bei der Überführung dieser Stellen der Zweck nicht verloren gehe. Ihn interessiere, wo das im Haushaltsentwurf nachzulesen sei.

Im Rahmen der vom Staatssekretär genannten Flexibilität würden die Stellen nicht an das jeweilige Kapitel gebunden, was er für richtig halte. Wenn er allerdings aus der Bezirksregierung Köln höre, dass an den Hauptschulen angeblich schon im Jahre 2005 gar keine Stellen mehr für den Unterrichtsmehrbedarf mit der Begründung gegeben werden könnten, weil die Integrationshilfen in den Grundschulen so gut wirkten, dass man für Hauptschulen späterhin keine weiteren Stellen mehr vorhalten müsste.

Des Weiteren interessiere ihn die Entwicklung der Schüler-Lehrer-Relation. - Der Staatssekretär habe darauf hingewiesen, dass die Beförderungsstellen A 14/A 15 reduziert würden. Er sehe die Gefahr, dass dadurch die Motivation insbesondere für die Leistungsträgerinnen und Leistungsträger unter den Kolleginnen und Kollegen extrem beschnitten werde.

Von Interesse sei auch das, worüber der Staatssekretär nicht gesprochen habe, Er frage, ob die Erhöhung des Werbeetats der Ministerin in einem inneren Zusammenhang mit den anderen Kürzungen in den verschiedenen Kapiteln stehe, über die berichtet worden sei.

Er bemühe sich schon um Sachlichkeit, unterstreicht **Staatssekretär Dr. Schulz-Vanheyden (MSJK)**. Das sei bei Einbringung eines Haushaltes sicher notwendig.

Was den geforderten Nachweis des Verbleibs der Stellen für muttersprachlichen Unterricht und Integrationshilfe angehe, so bitte er, die Beantwortung auf die nächste Sitzung zu verlagern. Das müsse zusammengestellt werden.

Zur Flexibilität: Die Zuweisung der Stellen in die einzelnen Schulformkapitel führe dazu, dass man ständig im Laufe des Schuljahres nachkorrigieren müsse, das zum Teil gar nicht schaffe, weil sich nicht so präzise, wie prognostiziert, die Anstrengungen der Schulen für die Migrantenkinder an die einzelne Schulform binden ließen.

Er glaube, dass man mit der anderen Ausweisung mehr Bewirtschaftungsmöglichkeiten habe. Das, was über die Bezirksregierung Köln gesagt worden sei, entbehre jeder Grundlage, weil überhaupt noch keine Stellenzuweisungen an die Bezirksregierungen für das kommende Jahr gegangen seien. Das sei eher ein Stück Phantasie und Schneegestöber.

Die Schüler-Lehrer-Relation werde sich selbstverständlich verändern. Die AVO zu § 5 Schulfinanzgesetz werde eingebracht. Sie müsse sich insofern verändern, als jeder Lehrerstelle ein um etwa 3 % erhöhte Unterrichtsleistung entgegenstehe.

Zu den Beförderungsstellen: Selbstverständlich könne das Vorhandensein von Beförderungsstellen eine Motivation für die im jeweiligen Bereich arbeitenden Lehrerinnen und Lehrer darstellen. Es sollte aber nicht die einzige Motivationsmöglichkeit sein - das gelte für alle anderen Bereiche des Lebens auch. Im Jahre 2004 sei ein Rückgang bei den Beförderungsstellen zu verzeichnen. Danach komme es wieder zu besseren Beförde-

Ausschuss für Schule und Weiterbildung
40. Sitzung (öffentlich)

03.12.2003
sd-be

rungsmöglichkeiten für die betroffenen Schulformen. In vielen anderen Schulformen wie der Grundschule, der Hauptschule, Sonderschule und Realschule gebe es die Motivationsmöglichkeiten der Beförderungsstellen in dieser Höhe sowieso nicht. Trotzdem werde nach seinem Eindruck auch dort so motiviert gearbeitet wie in den anderen Schulformen.

Bernhard Recker (CDU) gibt an, die Zahlen, die der Staatssekretär gerade genannt habe, wichen von Zahlen aus dem Entwurf ab. Etwa beim Kapitel Schulen gemeinsam seien vom Staatssekretär 6.607 Stellen angegeben worden. Im Haushaltsentwurf stehe die Zahl 7.047. Bei öffentlichen Schulen insgesamt betrage eine Zahl 145.230 im Entwurf. Der Staatssekretär habe von 144.790 gesprochen. Er sehe da erhebliche Abweichungen und bitte um Klarstellung.

An den Berufskollegs gebe es einen zusätzlichen Bedarf aufgrund der Ausbildungsplatzsituation. Er frage, wie hoch der Bedarf für diese Schulen sei und ob das in die Planung für die nächsten Jahre einfließe.

Zur Ersatzschulfinanzierung: Der Staatssekretär habe die Kürzungen für das Jahr 2005 erwähnt. Er frage, ob das danach fortgesetzt werde.

Staatssekretär Dr. Schulz-Vanheyden (MSJK) meint, er habe die Zahlen nicht alle präsent. Möglicherweise hätten die Unterschiede mit den veränderten Darstellungsformen zu tun. Das werde er aufklären.

Das Berufskolleg habe im laufenden Jahr 2003 bereits einen erhöhten Stellenbedarf gehabt, der durch die skizzierte Änderung am Ausbildungsmarkt zu erklären sei. Die definitiven Zahlen lägen noch nicht vor. Das hänge damit zusammen, dass die Berufskollegs eine sehr lange Frist hätten, bis sie die endgültigen Schülerzahlen über die Bezirksregierung melden könnten. Bis in den Spätherbst, zum Teil bis Ende des Jahres komme es zu Neuzugängen oder auch Abgängen von Schülerinnen und Schülern, je nachdem, ob noch duale Ausbildungsplätze vermittelt werden könnten oder auch andere Erweiterungsmöglichkeiten in Anspruch genommen würden.

Im Moment könne er keine verlässliche Schülerzahlentwicklung für dieses Jahr nennen. Aufgrund der Entwicklung in diesem Jahr habe das Ministerium so reagiert, dass die Schulen alle Möglichkeiten der Lehrereinstellung bekämen. Insbesondere das Bemühen, Seiteneinsteiger für das Berufskolleg zu gewinnen, sei gerade für diese Schulform noch einmal erhöht worden. Nach den bisherigen Informationen sei das erfolgreich. Er könne allerdings noch keine Zahlen darlegen.

Zur Entwicklung der Ersatzschulfinanzierung: Der Gesetzentwurf, den die Landesregierung dem Parlament zugeleitet habe, sehe keine Befristung und im Moment auch keine automatische Weitergeltung vor. Insofern werde man darüber noch entscheiden müssen.

Hans-Martin Schlebusch (CDU) kommt auf die Arbeitszeiterhöhung zu sprechen. Danach würden aufgrund der Pflichtstundenerhöhung 5.000 Stellen abgezogen, der Nettoertrag betrage plus 4.000. Er frage, wie dieser Unterschied zustande komme. Des

Weiteren interessiere ihn, was der Rückgang des Ertrages aus dem bedarfsdeckenden Unterricht bedeute.

Beim Berufskolleg gebe es Kürzungen mit Blick auf das Nachholen der Schulabschlüsse. Die Abgeordneten würden immer wieder von Arbeitgebern angesprochen, die die Nichtausbildungsfähigkeit vieler Jugendlicher - angeblich etwa 20 % eines Jahrgangs - beklagten. Er frage, was man konkret tun sollte, damit das allgemein bildende Schulwesen in die Lage gesetzt werde, die Ausbildungsfähigkeit zu garantieren.

Zu den Ersatzschulen: Aufgrund des Schüleranstiegs auf 196.090, prognostiziert für den Oktober 2005, komme es zu einem Anstieg. Er frage, wie viele private Sonderschulen aus der bisherigen Regelung herausgenommen worden seien. Es gehe ja nicht nur um Waldorfsonderschulen, sondern auch um andere.

Drei Jahre lang sei verhandelt worden, immer mit Blick auf den Erhalt des Status quo. Er frage, wie es trotzdem zu dieser Lösung gekommen sei. Es werde dem Umstand Rechnung getragen, dass Sonderschulen trotz der niedrigen Schüler-Lehrer-Relation im Vergleich zu Regelschulen mit deutlich höheren Personalkosten belastet seien und daraus eine höhere Eigenleistung erwachse. Ihn interessiere, ob darüber in den Gesprächen in den letzten drei Jahren gesprochen worden sei.

Vorher habe man im Übrigen keinen Unterschied zwischen den Ersatzschulträgern gemacht. Da es nun zu Unterschieden zwischen den Ersatzschulträgern kommen solle, müsse eventuell die Verfassungskonformität geprüft werden.

Staatssekretär Dr. Schulz-Vanheyden (MSJK) legt dar, die Differenz zwischen den 5.000 Stellen Unterrichtskapazität bei entsprechender Unterrichtsverpflichtung und den schließlich nur 4.000 anzurechnenden Stellen habe damit zu tun, dass es bisher in einem bestimmten Umfang die Vorgriffstunde gegeben habe. Da die Vorgriffstunden wegfielen - sonst würde es für die Betroffenen einen Sprung um zwei Stunden geben -, komme es zu dieser Differenz.

Zum bedarfsdeckenden Unterricht: In einem bestimmten Umfang seien die Referendarinnen und Referendare verpflichtet, den Unterricht an der Schule, an der sie seien, mitzutragen. Wenn die Zahl der Referendarinnen und Referendare entgegen der Erwartung zurückgehe, werde man an der Stelle etwas weniger Unterricht an den Schulen haben und entsprechend anrechnen können. Das werde in der AVO § 5 Schulfinanzgesetz nachvollzogen. Insgesamt müssten die Stellen kompensiert werden.

Die Frage zum Berufskolleg hänge nur begrenzt mit dem Haushalt zusammen. Nicht vieles deute darauf hin, dass das wesentliche Problem des Ausbildungsmarktes im Moment der Punkt der Ausbildungsfähigkeit sei. Das werde auch von Vertretern der Industrie so nicht dargestellt. Es gebe andere Gründe dafür, dass die Ausbildungsstellen so knapp seien. Seit Jahren werde eine ganze Reihe von Maßnahmen zur Verbesserung der Allgemeinbildung am Ende der Sekundarstufe I mit Blick auf die Ausbildungsfähigkeit ergriffen. Das betreffe nicht nur Fragen aus der Qualitätssicherung, sondern auch etwa eine Erhöhung des Deutsch- und Mathematikunterrichts oder Sozialpädagogien an den Hauptschulen und anderes.

Zur Ersatzschule: Nach seinen Informationen gebe es 94 Sonderschulen in privater Trägerschaft, die von der Erhöhung der Eigenleistung ausgenommen würden. Herr Schlebusch habe zu Recht darauf hingewiesen, dass sehr lange mit den Ersatzschulträgern verhandelt worden sei, und zwar in Richtung einer Pauschalierung der Ersatzschulfinanzierung. Wenn das gelingen würde, würde das vor allem zu einer Vereinfachung der Bearbeitung sowohl bei den Ersatzschulträgern wie insbesondere bei der Schulaufsicht führe. Durch die aufwendigen Abrechnungen der Ersatzschulträger werde eine Menge Personal gebunden.

Auch um einzelne Ersatzschulträger nicht bloßzustellen, wolle er nicht auf Details eingehen, warum es zu der vom Ministerium gewünschten Pauschalierung letztlich nicht gekommen sei. Er glaube allerdings nicht, dass es an zu engen Vorgaben seitens des Ministeriums gelegen habe. Nicht alle Ersatzschulträger seien in gleicher Weise bereit gewesen, dem zu folgen.

Die Frage der anderen Behandlung der Sonderschulen habe in dem Kontext eine Rolle gespielt. Sie sei aber nicht abschließend so entschieden worden, dass sich das Ministerium entschlossen hätte, alle Sonderschulen in privater Trägerschaft anders zu behandeln. Nach der Anhörung der Verbände der Sonderschulträger sei es zu einer speziellen Regelung gekommen, wonach die Eigenleistungen erhöht würden.

Marie-Theres Ley (CDU) möchte wissen, ob bei den jetzigen Vorschlägen zur Ersatzschulfinanzierung die Verfassungskonformität der Regelung geprüft worden sei. Sie erinnere an die 80er-Jahre, als die damaligen Regelungen per Gerichtsbeschluss rückgängig gemacht worden seien.

Zu den Beförderungsstellen: Der Staatssekretär habe gesagt, im Jahre 2004 werde es 1.100 Beförderungsstellen bei insgesamt 28.000 Beförderungsstellen weniger geben. Im Jahre 2005 stiegen die Zahlen angeblich wieder an. Sie frage nach der Größenordnung dieses Anstiegs.

Leitender Ministerialrat Knevels (Ministerium für Schule, Jugend und Kinder) bejaht die Frage von Herrn Solf, ob die 3.400 Stellen, die aus den Schulkapiteln in das Kapitel Schule gemeinsam verlagert worden seien, im Ergebnis wieder im Schulkapitel ankämen. Das Rückverlagern bei der Haushaltsbewirtschaftung passiere. Den Bezirksregierungen würden Stellen zugewiesen, die wieder für Schulformen die Gesamtstellenzahl auswiesen, wie das in der Präsentation dargestellt worden sei.

Bei der Gesamtstellenzahl komme es wieder zu dem ursprünglichen Ergebnis. Die genannte Stellenzahl beziehe sich auf die Integrationshilfe mit 3.463 Stellen. Hinzu kämen 886 Stellen für muttersprachlichen Unterricht. Sie seien im Erläuterungsband bei den einzelnen Schulformen beim Grundbedarf zu finden. Es gebe einen Hinweis darauf, wie viele Stellen MU und Integration bisher in den Schulformen gewesen seien. Dort finde man für 2004 einen Strich, weil diese Stellen in der bisherigen Größenordnung bei der Bewirtschaftung den Bezirksregierungen zugewiesen würden. Keine Stelle werde vergessen.

Ausschuss für Schule und Weiterbildung
40. Sitzung (öffentlich)

03.12.2003
sd-be

Zu den abweichenden Zahlen mit Blick auf die Gesamtstellenzahl: In der Präsentation sei die Verteilung der Stellen für Schulen - Grundbedarf und Zusatzbedarfe - in den Schulkapiteln genannt. Hinzu kämen die Stellen für den offenen Ganzttag. Diese Lehrerstellen seien nicht mit erwähnt worden, nur in einer Fußnote. 100 Lehrerstellen seien bisher für offenen Ganzttag, 170 zusätzlich für 2004 und noch einmal 100 für 2005 vorgesehen.

Die Landesregierung werde nicht sehenden Auges etwas beschließen, was sie selbst für mit der Verfassung nicht in Übereinstimmung stehend ansehe, meint **Staatssekretär Dr. Schulz-Vanheyden (MSJK)**. Die Landesregierung gehe davon aus, dass die grundsätzlich beschlossene, in der zweiten Fassung dem Landtag empfohlene Lösung verfassungskonform sei.

Allen Beteiligten in der Landesregierung sei die Entscheidung nicht leicht gefallen. Man wisse, dass das eine erhebliche Belastung für die Träger sei. Die Situation vor 20 Jahren, die Frau Ley angesprochen habe, sei anders gewesen. Es habe eine sehr viel knappere Fristsetzung gegeben. Es sei um eine ganz andere Art der Erhöhung der Eigenleistung gegangen, die ohne Berücksichtigung der Besonderheiten der Ersatzschulträger nach Eigentümerschulen und Mietschulen damals habe erfolgen sollen. Die Situation sei nicht vergleichbar. Der Vorschlag, den die Landesregierung mache, sei verfassungskonform, auch wenn er sicherlich zu Schwierigkeiten und Protesten führe.

Hinsichtlich der Steigerung der Zahlen der Beförderungsstellen an den genannten Schulformen Gymnasium und Berufskollegs, Gesamtschulen, Weiterbildungskollegs von 2004 auf 2005 könne er im Moment die genauen Zahlen nicht nennen. Diese müssten nachgeliefert werden.

Ralf Witzel (FDP) kommt auf die Sondersituation am Berufskolleg zu sprechen. Das sei auch logische Folge des Lehrstellendesasters in Nordrhein-Westfalen. Es sei in den letzten Wochen und Monaten verschiedentlich thematisiert worden. Dass sich jemand, der im dualen System keinen Ausbildungsplatz finde, notgedrungen für einen vollzeitschulischen Bildungsgang entscheide, sei nachvollziehbar.

Der Staatssekretär habe in seiner Prognose auch auf Sonderentwicklungen am Gymnasium abgestellt. Er bitte, den Zusammenhang noch einmal darzulegen.

Hans-Martin Schlebusch (CDU) ist darüber verwundert, dass der Staatssekretär die Tatsache, dass viele Jugendliche, die das allgemeine staatliche Schulwesen durchlaufen hätten, nicht ausbildungsfähig seien, nicht zur Kenntnis nehme. Bedeutende Kammerpräsidenten würden das belegen. Das spiele auch im Ausbildungskonsens eine Rolle.

Mit Blick auf das Berufskolleg interessiere ihn, inwieweit Werkstattlehrer und technische Lehrer überhaupt noch eine Zukunft an der Schulform hätten, insbesondere angesichts des Zulaufs zu den Berufskollegs.

Zurück zum Ersatzschulwesen: Das Gespräch in den vergangenen drei Jahren habe auch dazu geführt, dass ein neues Schulgesetz im Gespräch sei. Zumindest liege es im

Ausschuss für Schule und Weiterbildung
40. Sitzung (öffentlich)

03.12.2003
sd-be

Entwurf vor. Bei der Ersatzschulfinanzierung sei kein Stein mehr auf dem anderen geblieben. Es habe sich viel geändert. Da sollte man auch die Gespräche nicht so abtun und den Eindruck erwecken, als wären die Ersatzschulträger dem Land nicht entgegengekommen.

Staatssekretär Dr. Schulz-Vanheyden (MSJK) legt dar, nach seinen Erkenntnissen sei die starke Erhöhung der Schülerzahlen in der gymnasialen Oberstufe letztlich auf die gleiche Ursache wie beim Berufskolleg zurückzuführen. Es gehe um die Schülerinnen und Schüler, die nach der zehnten Klasse vom Gymnasium oder der Gesamtschule abgingen, um eine duale Ausbildung zu beginnen.

Sie würden oft sofort merken, dass sie nichts Entsprechendes finden könnten, und versuchten dann, in die Oberstufe hineinzukommen. Das sei das Erklärungsmodell, was die Vertreter des Ministeriums im Wesentlichen dazu hätten.

Zu den Werkstattelehrern und technischen Lehrern: Er könne im Moment nicht erkennen, worauf die Aussage beruhe, sie hätten keine Zukunft. Die Stellen seien wie bisher auch im Haushalt ausgewiesen.

Der Entwurf enthalte den Referentenentwurf, der noch in der Anhörung sei, mit einer Teilpauschalierung. Es sei nicht alles im Entwurf wiederzufinden, was die Landesregierung ursprünglich vorgestellt habe. Er habe nicht den Eindruck erwecken wollen, dass die Gespräche zu nichts geführt hätten. Ihm liege nicht daran, sie abzutun. Es handele sich aber um eine Teilpauschalierung, die das Ministerium vorschlage. Sie müsse zunächst in den Anhörungen, in den Gesprächen mit den Beteiligten und letztlich im Parlament erst einmal durchkommen. Dann müsse man sehen, ob man damit eine Lösung finde, die vielleicht auch ein Stück auf die Schwierigkeiten reagiere, die zurzeit bei der Ersatzschulfinanzierung beklagt würden.

gez. Dr. Heinz-Jörg Eckhold

Vorsitzender

be/23.01.2004/28.01.2004

218